

"Boatpeople" und ausländische Arbeitskräfte

Die malaysische Regierung will einigen der 14.000 vietnamesischen "Boatpeople" ermöglichen, in Malaysia zu bleiben. Gelernte Arbeiter können nach einem Bericht bis zu 2 Jahre bleiben und arbeiten, und nach einem anderen Bericht möglicherweise eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Die Ankündigung erfolgte nach einer Demonstration einiger der 9.000 Flüchtlinge, die in einem Lager außerhalb von Kuala Lumpur untergebracht sind. Etwa 1.000 traten am 7. April in einen Hungerstreik und forderten Asyl als Wirtschaftsflüchtlinge.

In einem anderen Zusammenhang teilte der stellvertretende Premierminister Ghafar Baba am 17. Mai mit, daß die Polizei angewiesen sei, etwa 200.000 ausländische Arbeiter festzunehmen, die sich nicht in einer vorangegangenen, groß angelegten Registrierungskampagne gemeldet hätten. Nach der Registrierung sollten sie eine Arbeitserlaubnis beantragen, haben dies aber nicht getan. Ghafar Baba gab an, daß die Polizei 20 einheimische Syndikate aufgedeckt habe, die ausländische Arbeiter illegal ins Land einschleust hatten.

vgl. STW 24.4., 22.5.93

Anwar wird sich nicht auf die Stellvertreter Position bewerben

Finanzminister Anwar Ibrahim hat beschlossen, sich nicht gegen den stellvertretenden Premierminister, Ghafar Baba, um den zweithöchsten Posten in der malaysischen Regierungspartei UMNO zu bewerben. Anwar, einer der Vizepräsidenten UMNOs, wird als der Hauptrivale Ghafars um die Nachfolge des Premierministers Mahathir Mohamad angesehen. Somit wird wahrscheinlich Ghafar auf dem alle drei Jahre stattfindenden Parteikongreß zur Wahl der Parteiführung für den Posten des stellvertretenden Parteipräsidenten ohne Gegenkandidat sein, wie auch Mahathir für den des Präsidenten von UMNO.

vgl. STW 10.4.93

Todesurteile für fünf Ausländer

Am 27. April teilte Amnesty International mit, daß die Vollstreckung der Todesstrafe für zwei Pakistanis und drei Filipinos wegen Drogenhandels angeordnet wurde. Die Hinrichtungen sollen Ende April/Anfang Mai durchgeführt werden. Amnesty ist sehr besorgt darüber, daß alle Verurteilten ihren Prozessen aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten nicht ausreichend folgen konnten.

vgl. Amnesty International (Canadian Section) Mai 1993

Anwar in Manila

Finanzminister Anwar Ibrahim besuchte Manila in der ersten Mai Woche, um an einem Routinetreffen der Asian Development Bank teilzunehmen. Allerdings behaupten philippinische Quellen, es sei eine offizielle Reise, was ihn zum ersten malaysischen Regierungsmitglied machen würde, das - außer dem Außenminister in ASEAN-Angelegenheiten - die Philippinen besucht seit der Verschlechterung der Beziehungen bezüglich Sabahs in den späten 60er Jahren. Der philippinische Präsident, Fidel Ramos, besuchte Malaysia im Januar 1993 und war bemüht, die Beziehungen zu verbessern. Anwar traf Ramos in Manila am 6. Mai.

vgl. FEER 27.5.93

Verluste der Nationalbank

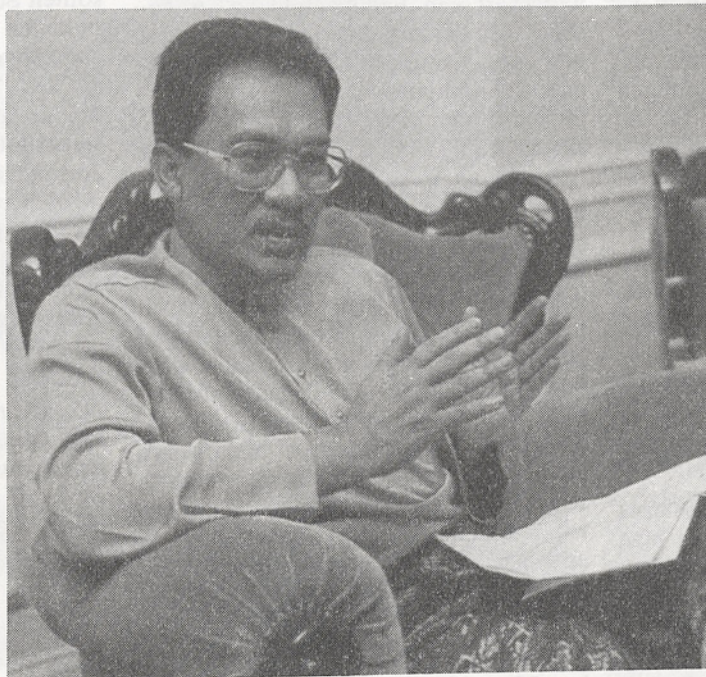
Nach dem neusten Bericht der malaysischen Zentralbank, Bank Negara, vom 30. März hat die Bank bis zum Ende 1992 einen Verlust von M\$ 2,7 Mrd. bei Devisentransaktionen hinnehmen müssen. Ferner schrumpften die "sonstigen Reserven" von M\$ 10 Mrd. auf M\$ 753 Mio.; M\$ 850 Mio. wurden von der "allgemeinen Reserve" den "sonstigen Reserven" zugeführt. Das bedeutet möglicherweise Verluste bis zu M\$ 12,8 Mrd. beim Devisenhandel. Wäre das der Fall, würde das mehr als ein Viertel der Devisen- und Goldreserven ausmachen.

vgl. FEER 15.4.93

Privatisierung von Staatsunternehmen

HICOM, eine staatliches Schwerindustrie-Konsortium, soll verkauft werden. In einer Erklärung vom 16. April wurde bekannt, daß eine malaysische Firma, New Serendah Rubber, alle Aktien von HICOM im Wert von M\$ 2,1 Mrd. übernehmen wird und HICOMs Aktien an der Börse von Kuala Lumpur gehandelt würden. Eines der 13 Tochterunternehmen und 25 Beteiligungen, die HICOM gehören, ist Perusahaan Otomobil Nasional, das den PKW Proton herstellt.

vgl. FEER 29.4.93



Anwar Ibrahim, Finanzminister

aus: AW v. 3.3.93, S. 23

Verfassungsänderung zur Monarchie

Am 9. März stimmte das malaysische Parlament einer Verfassungsänderung zu, nach der die Immunität der malaysischen Herrscher vor Strafverfolgung aufgehoben wurde. Mit einer bisher nicht dagewesenen Stimmenmehrheit von 167 der 180 Parlamentsmitglieder erhielt die Regierungskoalition auch die Unterstützung der Oppositionsparteien Democratic Action Party, der Parti Bersatu Sabah und vier Unabhängiger für ihre Änderungs-vorlage.

In der Debatte im Parlament sagte der stellvertretende Premierminister, Ghafar Baba: "Wenn die Herrscher sich weiterhin in die Politik einmischen, wie es einer jetzt tut, wird früher oder später die malaysische Monarchie zerstört. Passiert das, dann ist es ihre eigene Schuld." Am 22. März wurde mit der Unterzeichnung durch den malaysischen König das Gesetz rechtskräftig. Nach diesem Gesetz kann ein Sondergericht einberufen werden, das Vergehen der Herrscher ahndet, und es schränkt ihre Befugnisse ein, Familienmitglieder zu begnadigen, die wegen einer Straftat verurteilt wurden.

Die Partei Semangat '46 von Tengku Razaleigh Hamza - Onkel des Sultans von Kelantan - hatte die Herrscher aufgefordert, die Verfassungsänderungen abzulehnen. Schließlich lehnte nur der Sultan von Kelantan die neuen Bestimmungen ab.

Ghafar Baba teilte in der Debatte ferner mit, daß die Regierung auch bald darüber entscheiden werde, ob die Bezeichnung "königlich" für Institutionen wie Polizei und Zoll abgelegt würden.

Dem Sultan von Kelantan, Ismail Petra - Adressat der Bemerkung Ghafars, daß ein Herrscher sich in die Politik einmische und Zielscheibe vieler Kritik während der Parlamentsdebatte - wird möglicherweise das Recht auf den Thron des Staates von seinem Cousin, Tengku Ibrahim Petra, streitig gemacht. Es gibt Vermutungen, daß Ibrahim Petras Ansprüche von Mitgliedern der Bundesregierung unterstützt würden.

vgl. STW 20./27.2., 6./13.3., 1.5.93; FEER 22.4.93

Sarawak: Kampf der einheimischen Völker geht weiter

Der Kampf um Landrechte und die Anerkennung der Stimme der einheimischen Völker geht in Sarawak weiter. Seit Anfang März blockieren hunderte von Penans eine Holzstraße in Long Senoi, Upper Selaan im Distrikt Bararam, trotz Anwesenheit und Einschüchterung von Polizei und Armee. Die Blockade folgt der von Long Ajeng im letzten Jahr und soll dasselbe Gebiet von Primärwald schützen, welches seit Hunderten von Jahren die Heimat für die einheimischen Volksgruppen ist und nun von der Firma Samling ausgebeutet werden soll. Es handelt sich hierbei um dieselbe Firma, die kürzlich einen Vertrag über Holzeinschlag und die Entwicklung von Bergbau für eine riesiges Gebiet in Guayana in Südamerika unterschrieben hat. Das zeigt, in welcher Weise Holzfirmen aus Sarawak und Malaysia zunehmend auch den Holzeinschlag in anderen Wäldern auf der Welt durchführen.

Die Behörden Sarawaks und Malaysias erschweren weiterhin den einheimischen Gemeinschaften, sich Gehör zu verschaffen. Eine polizeiliche Genehmigung für ein kulturelles Treffen von einheimischen Volksgruppen aus allen Teilen

Malysias im April in Sibiu, um das Jahr der indigenen Völker zu feiern, wurde ohne Begründung verweigert. Am 17. Mai holten die Behörden Gara Jalong, einen Vertreter der Volksgruppe der Kenyah, auf dem Weg nach Chiengmai/Thailand aus dem Flugzeug, wohin er zur Teilnahme an einer Tagung über indigene Völker eingeladen war. Sein Pass wurde beschlagnahmt und ein Antrag auf neue Reisepapiere wurde ohne Begründung abgelehnt. Ähnlich ging es Thomas Jalong, ein weiterer Vertreter einer einheimischen Volksgruppe Sarawaks, bereits im November 1992, als die malaysischen Behörden ihm nicht erlaubten, zum ITTO-Treffen nach Yokohama in Japan zu reisen.

Andere Gebiete, wo einheimische Gemeinschaften um die Anerkennung ihrer Landrechte kämpfen, sind Berawan im Mulu Nationalpark, deren Land vom geplanten Bau eines Hotel-Golfplatzes bedroht ist, und die Gemeinschaft bei der 43. Meile an der Bintulu-Miri Straße, wo für ein Plantagenprojekt genommen wurde. Beide Gruppen haben erfolglos ihre Anliegen den Behörden vorgetragen und klagen nun vor Gericht ihre Rechte ein.



Penans

aus: INSAN (Hg.), Logging Against the Natives of Sarawak, Petaling Jaya, 1989

In der Schweiz beendete der Umweltschützer Bruno Manser einen 60tägigen Hungerstreik, der auf die Not der einheimischen Volksgruppen in Sarawak und in der ganzen Welt aufmerksam machen soll. Manser forderte von den schweizerischen und europäischen Behörden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Das Europäische Parlament verabschiedete am 27. Mai eine Resolution, in der ein Moratorium für den Import von Holz aus Sarawak gefordert wird, bis die Probleme der Landrechte und der Erhaltung der Wälder in Sarawak geklärt sind.

vgl. PP März/April 93

Pläne zur Entwicklung Johor Bahrus

Pilecon, ein malaysisches Bauunternehmen, plant die Entwicklung eines Wohn- und Handelszentrums entlang der Küste Johor Bahrus an der Südspitze der malaysischen Halbinsel. Mit Investitionen von M\$ 4 Mrd. sollen über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren 650.000 qm Gewerbefläche einschließlich fünf Hotels, vier dreißig-stöckige Bürohochhäuser, ein 40stöckiger zentraler Block und ein Kongreßzentrum entstehen.

Ziel ist es, finanzstarke Singapureaner nach Johor zu locken, wo die Preise für die meisten Produkte zur Zeit um 30 bis 40 % niedriger sind als in Singapur. Bis 1995 ist geplant, daß die Stadtbahn Singapurs Woodlands erreichen soll, wo ein Fahrdamm die Insel mit Johor Bahru verbindet.

vgl. FEER 6.5.93

USNO-Abgeordnete unterstützen PBS-Regierung in Sabah

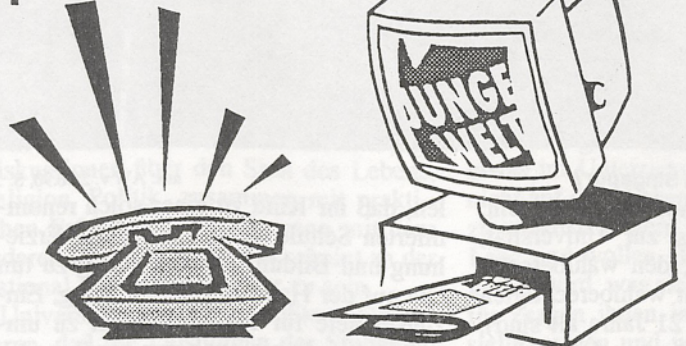
Nach monatelangen Versuchen der malaysischen Regierungspartei in Kuala Lumpur, UMNO Baru, die von der Parti Bersatu Sabah (PBS) angeführte Landesregierung in Sabah zu destabilisieren (vgl. SOAI 4/92, S. 49, 1/93, S. 43), mußte UMNO eine Niederlage einstecken, als fünf Abgeordnete von USNO ihre Unterstützung für die PBS-Regierung erklärten. USNO gilt als Schwesterpartei von UMNO.

Der Ministerpräsident von Sabah und Führer von PBS, Joseph Parin, kündigte inzwischen die Umbildung seines Kabinetts unter Beteiligung einiger der fünf USNO-Abgeordneten an, um den muslimischen Anteil in der vorwiegend christlichen Regierung zu verstärken. Die bisherige Zusammensetzung der Landesregierung mit Christen wird als Hauptgrund für die intensiven Versuche Mahathirs gesehen, die Unterstützung für PBS in der Bevölkerung zu schwächen. Nach der Auffassung von Beobachtern ist die Stimmung in Sabah gegen die Bundesregierung immer noch stark angesichts ihres massiven Vorgehens gegen Parin und PBS. Es wird aber auch darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftswachstumsrate Sabahs lediglich halb so groß ist wie für ganz Malaysia und daß dies schließlich die Wähler Sabahs in die Arme von UMNO Baru führen werde.

vgl. FEER 22.4., 27.5.93

- Anzeige -

Die Tageszeitung
JUNGE WELT
auf Wunsch auch
per Telefon ins Haus !



Näheres über: Info Pool Network (IPN), Mailboxsystem
Postfach 11 01 47, W-1000 (10831) Berlin 11
Tel. & Fax 030 / 693 22 38, Data 030 / 694 70 61